

# i Fijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 289

16. Juli 2003

9. Jahrgang

## "Ich gebe dir 24 Stunden..."

Eine Welle von Morddrohungen und Einschüchterungen gegen diejenigen, die es wagen, die Regierung zu kritisieren, diese der Korruption, der Verletzung von Menschenrechten oder gar der Verwicklung in das organisierte Verbrechen zu beschuldigen, geht in diesen Wochen durch das Land. Im Visier sind dabei besonders jene, die das, was vorgeht, an die Öffentlichkeit bringen. Doch die Situation ist offensichtlich, und Erklärungen liegen nahe. So ist in der Tageszeitung *Prensa Libre* zu lesen:

„Jene, die unbedingt ihre Macht behalten wollen, finden in der Presse ein Hindernis für ihre düsteren Absichten. Dies erklärt die persönliche Verfolgung und Bedrohung von JournalistInnen, während auf institutioneller Ebene versucht wird, das Ansehen der Presse und ihrer Angehörigen zu verunglimpfen. Die Liste der verfolgten KollegInnen ist lang. Anhand der Methoden ist zu erkennen, dass sich dahinter die „parallelen Mächte“ befinden, die unter dem Schleier der Straflosigkeit, die von den Einrichtungen des Staates gewährleistet wird, operieren.

Die Drohungen zielen darauf ab einzuschüchtern, zu verängstigen und der Glaubwürdigkeit derer zu schaden, die die Korruption, das organisierte Verbrechen – verwurzelt in den Staatsstrukturen –, die Straflosigkeit und die verwaltungstechnische Unfähigkeit der Regierungspartei FRG anprangern. Wenn schon der Generalstaatsanwalt verbal die Opfer niedermacht, ist keine gerechte Ermittlung zu erwarten. Es ist besorgniserregend, dass die Fälle, die Ablehnung und Empörung hervorrufen, lediglich die Spitze des Eisbergs darstellen, der von der Regierungspartei genährt wird. Verletzt durch den steten Verlust an Ansehen versucht sie, diese Situation mit schwarzen Kampagnen gegen alle ihre Gegner umzudrehen und kann dabei auf einen mächtigen Apparat regierungsgesinnter Medien zählen.“

*Inforpress* fühlt diesem Aspekt noch mehr auf den Zahn: „Die in jeglicher Hinsicht zu verurteilende Attacke (gegen Zamora, s.u., die Red.) spiegelt ein „ziemlich gewöhnliches“ Ereignis wider, in dem sich die bestialische Seite des Zentauren dem Tageslicht zeigt. Und dies auf Kosten der scheinbaren Legitimität eines politischen Systems, dazu fähig, die sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen des nationalen Lebens zu regulieren. Die Krise der Repräsentationsbefugnis der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG) fällt zusammen mit Bewegungen und Rissen in den realen Machtsektoren des Landes. Ein Grossteil dieser Turbulenzen steht in Verbindung mit den Auseinandersetzungen darüber, wer die privilegierten Plätze des unterirdischen Lebens in Guatemala einnehmen können. Veränderungen in den Regeln der Macht und der Akkumulation auf internationaler Ebene, die Unsicherheit in Bezug auf die zukünftige Interpretation der Vergangenheit und Konflikte in der Oligarchie selbst nähren diese unterirdischen Flammen, die nur schwierig zu zügeln sind, besonders in einem Wahljahr.“

Am 24. Juni drangen zwölf Schwerebewaffnete, die sich als Angehörige der Staatsanwaltschaft ausgehend an den Wachposten des Stadtviertels vorbeimogelten, in das Wohnhaus von José Rubén Zamora und seiner Familie ein, schlugen, knebelten und bedrohten alle Anwesenden zwei Stunden lang. Mit dem Rat an Zamora, er solle auf seine Familie aufpassen und nicht mit einer Anzeige „die da oben“ belästigen sowie mit drei entwendeten Kreditkarten und Waffen aus der häuslichen Sammlung, verschwanden sie schliesslich.

Zamora ist Journalist und Präsident des Verlagsrates der Tageszeitung *el Periódico*. Er selbst sieht eine mögliche Verbindung der Tat mit seiner am Tag zuvor in der Zeitung veröffentlichten Kolumne unter dem Titel: „Ríos Montt, einige Stichpunkte“. Darin benennt Zamora den Kongresspräsidenten als den fundamentalen Bestandteil der parallelen Machtstrukturen, der in den letzten 20 Jahren das Land regiert habe und der Kopf des organisierten Verbrechens sei.

Auf nationaler und internationaler Ebene wird der Übergriff auf Zamora scharf verurteilt und der Staat zu einer gründlichen Ermittlung aufgefordert. So erklärten u.a. Gonzalo Marroquín, Direktor der guatemalteckischen Tageszeitung *Prensa Libre* und Vertreter der *Interamerikanischen Pressevereini-*

*gung* (SIP), Mario Polanco von der *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM), die Sprecherin der UN-Mission MINUGUA, Seda Pumpyanskaya sowie Eduardo Bertoni, Gesandter für Meinungsfreiheit der *Organisation der Amerikanischen Staaten* (OEA) Zamora ihre Solidarität.

„Ihn auszuziehen und gefesselt seiner Familie vorzuführen sind Aktionen mit klarem Einschüchterungscharakter. Sie wollten eine grosse Wirkung erzielen, und das haben sie geschafft,“ meint Menschenrechtsombudsmann Sergio Morales. Zudem erklärt er, dass die für diese Tat seiner Meinung nach verantwortlichen klandestinen Gruppen eine parallele Gesellschaft darstellten, „zusammengesetzt aus Personen aller Sektoren: UnternehmerInnen, Militärs, StaatsfunktionärInnen, Sicherheitsagenten und Angehörige der Justiz. Manche haben es gewagt, die Grösse der Netze zu bestimmen und reden von Zellen mit zwischen 2'000 und 20'000 Personen.“ In Guatemala könnten um die sechs oder sieben solcher Netze existieren, so der Ombudsmann.

Carmen Aída Ibarra von der Myrna-Mack-Stiftung ist davon überzeugt, dass Zamora das Opfer eines systematischen Musters der Gewalt gegen Menschenrechts-

aktivistInnen, JournalistInnen und Justizbeschäftigte sei. Die Ausführenden der klandestinen Gruppen seien Mitglieder des Geheimdienstes und der Spezialkräfte, die die Strukturen und Missionen der Staatssicherheitsabteilungen nutzen, um ihre illegalen Aktivitäten zu realisieren.

Aufgrund anhaltender Drohungen teilte Zamora schliesslich mit, dass er seine Familie ausser Landes zu schaffen gedenkt. Zudem stellte er fest, dass „die Leute sich nicht über die Bedeutung des aktuellen historischen Momentes klar sind, genauer, des Wahlkampfes, bei dem das Schicksal einer Diktatur auf dem Spiel steht, einer Übermacht, die 22 Jahre über der Legislative und Judikative stand. Dass diese Leute verlieren, heisst, dass wir über potentielle Auslieferungen sprechen, über Luft- und Meereskontrollen des Landes, die ihnen ihre wenig orthodoxen Geschäfte ruinieren werden. Das ist Teil der Verzweiflung, die sie hegen,“ verdeutlichte der Journalist. Bei der *Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte* (CIDH) habe er die Empfehlung von Sicherheitsmassnahmen seitens des guatemalteckischen Staates beantragt. Die CIDH forderte die Regierung nun auf, innerhalb von fünf Tagen einen Bericht über die Sicherheitsmassnahmen vorzulegen, die sie dem Bedrohten gewähre. Wenn dies nicht geschähe, käme der Schutzbefehl direkt von der CIDH.

Unterdessen besuchte Präsident Portillo Zamora persönlich und stimmte mit diesem über die mögliche Beteiligung von parallelen Gruppen überein, die in Verbindung mit dem Militär stehen. Der Staatsmann versicherte eine intensive Untersuchung und bot dem Journalisten an, über den us-amerikanischen Botschafter Ermittlungsunterstützung des FBI zu beantragen.

Generalstaatsanwalt Carlos David de León schmälerte dagegen jegliche Bedeutung des Überfalls in unverschämter Weise und beschränkte sich darauf zu behaupten, dass es sich bei der Tat wahrscheinlich um eine von Zamora selbst inszenierte Show handelte. Der Journalist sei ein Lügner, währenddessen der Generalstaatsanwalt ein seriöser Mann sei, der keine Zeit für Seifenblasen und Dummköpfe habe. Der Präsident bräuchte sich um Zamora keine Sorge zu machen.

Während der Abgeordnete der Regierungspartei im *Parlament von Zentralamerika* (PARLACEN) Mario Rottmann zum einen der Meinung ist, dass sich Zamora in einer angeschlagenen wirtschaftlichen Karriere befinde sowie

eine ausgewiesene parteiische Tendenz verfolge und zum anderen behauptet, dass derzeit kein einziger JournalistIn im Land bedroht oder geschlagen werde, sieht die Realität doch etwas anders aus. Allein innerhalb von 72 Stunden seien sechs Klagen von JournalistInnen eingegangen, berichtet Sergio Morales vom Menschenrechtsprokurat (PDH).

Bereits seit Mitte Juni summieren sich die Anzeigen wegen Morddrohungen und Einschüchterungsaktionen, unter denen die JournalistInnen im ganzen Land leiden. Dabei wird kein Pressemedium verschont, und es vergeht kaum ein Tag, an dem die *Kommission für Pressefreiheit der JournalistInnenvereinigung von Guatemala* (APG) nicht einen Fall von Rechtsverletzung gegen eins ihrer Mitglieder öffentlich verurteilt.

So bekommt Pablo Rax Chub, Direktor des Nachrichtensenders *La Noticia*, der über *Radio Cobán* im Alta Verapaz ausgestrahlt wird, bereits seit Mai vornehmlich via Telefon diverse Drohungen. Unter anderem berichtete er in seinem Programm über den illegalen Nutzen von Gemeindeverwaltungsgeldern durch FRG-AktivistInnen für den Wahlkampf. Rax Chub schliesst nicht aus, dass die Ermordung seines 18-jährigen Cousins wenige Tage zuvor im Zusammenhang mit den Einschüchterungen ihm gegenüber in Verbindung steht.

Dem Direktor des *Radio Tamazulapa* in Jutiapa wurde unterdessen ebenfalls per Telefon und wiederholt mitgeteilt, dass, sollte er weiter über angebliche Anomalien bei der Kandidatenwahl für den Bürgermeisterposten und die Differenzen zwischen den in der politischen Allianz *GANA* sich beteiligenden Parteien *Patriota* und *Movimiento Reformador* berichten, "sie" kämen und ihn mit Kugeln durchsieben würden. Denn der bereits gekürte Kandidat Basilio Cordero werde Bürgermeister, koste es, was es wolle.

Mit solchen und ähnlichen Situationen sehen sich auch der Programmleiter eines Radios in Sololá und zahlreiche MitarbeiterInnen der schriftlichen Presse konfrontiert.

Zehn Tage nach dem Überfall auf Zamora wurde in das Haus des ebenfalls bei *el Periódico* arbeitenden Journalisten Luis Eduardo de León eingebrochen. Die Eindringlinge entwendeten neben Disketten von de León mit Informationsmaterial über einen in Korruption verwickelten Abgeordneten auch den Computer, Dateien und Papiere der Ehefrau von de León, der US-Amerikanerin Shannon Lockarth, die von 1998 bis 2001 im Erzbischöflichen Menschenrechtsbü-

ro (ODHA) beschäftigt war und u.a. an der Übersetzung des *Berichtes zur Wiedererlangung des historischen Gedächtnisses* (REMHI) mitgearbeitet hatte. In diesem sind die Verletzungen der Menschenrechte aufgelistet, die während des bewaffneten Konflikts v.a. vom Militär verübt wurden.

Nachdem Luis Barillas, Korrespondent der *Prensa Libre*, der zudem für *Nuestro Diario* und ein Kommunalradio arbeitet, bereits telefonische Drohungen erhielt, wurde wenige Tage später eine selbst gemachte Bombe in sein Haus in Rabinal, Baja Verapaz, geworfen. Barilla hatte von den Vorkommnissen während Ríos Montts Wahlkampagne in Rabinal berichtet (siehe separater Artikel). Der Journalist hat sich aus Sicherheitsgründen zeitweilig in die Hauptstadt zurückgezogen.

„Ich gebe dir 24 Stunden, dass du bei *Cerigua* kündigst, denn du hast mir schon alle Geduld geraubt wegen all der Veröffentlichungen, die es hier gibt. Wenn du meine Forderung nicht erfüllst, werden du und deine Familie die Konsequenzen spüren,“ war das, was die Korrespondentin des Nachrichtenentrums *Cerigua* in Salamá, Baja Verapaz, Carmen Judith Morán Cruz, drei Mal hintereinander nachts am Telefon zu hören bekam. Ausserdem teilte ihr der Anrufer mit, dass sie noch einmal entkommen sei, da sie am vorherigen Samstag nicht zur Universität gegangen sei. Wenige Tage später wurde die Drohung konkreter: Da sie nicht auf ihn gehört habe, habe sie nun „verschissen“, und jetzt würde das Spiel beginnen, da sie es so wollte. „Ich kontrolliere alle deine Bewegungen, es ist leicht, dich zu töten, aber ich werde es nicht tun. Sondern es werden dein Vater, deine Mutter oder jemand anderes deiner Familie sein.“

Zahlreiche Pressevereinigungen und Menschenrechtsorganisationen verurteilen die durch Terror versuchte Zensur gegen die JournalistInnen. Sie fordern den Schutz der Betroffenen sowie die zügige Aufklärung der einzelnen Fälle.

Die sich häufenden Vorfälle der Bedrohung gegen jene, die sich trauen, den Mund aufzumachen, sind auch Anlass für nationale staatliche Organisationen, diplomatische Kreise und internationale Menschenrechtsinstitutionen sowie für Aussenminister Edgar Gutiérrez, die internationalen Verantwortlichen wie MINUGUA bzw. die UNO dazu zu drängen, die *Kommission zur Untersuchung illegaler paramilitärischer Verbände und klandestiner Strukturen* (CIACIS) endlich zusammenzustellen.

## Ermordung eines Mitarbeiters der PDH

**Guatemala, 8. Juli.** Am 11. Juni wurde der stellvertretende Menschenrechtsombudsmann von Chimaltenango, José Israel López y López, in einen Hinterhalt gelockt und erschossen. Der Leiter des Menschenrechtsprokurats (PDH), Sergio Morales, beschuldigt Mitglieder der klandestinen Strukturen, die im Land operieren, als verantwortlich für die Ermordung seines Mitarbeiters. Seine Institution und er persönlich würden nicht locker lassen, bis die Verantwortlichen ermittelt und bestraft seien, erklärte Morales, der in der Schweiz weilte, als López ermordet wurde. Rund 12 weitere MitarbeiterInnen der PDH in den verschiedenen Departements, inklusive er selber, hätten in letzter Zeit Morddrohungen bekommen.

López war von der PDH Chimaltenango beauftragt, die Übergangsphase des dortigen Militärstützpunktes an die Zivilgesellschaft zu begleiten. Die Kaserne von Chimaltenango war einer der wichtigsten strategischen Stützpunkte des Landes, kreuzen sich doch hier die Strassen, die in alle Himmelsrichtungen führen. Zudem gehörte zu López Aufgabenbereich die Einrichtung des landesweit ersten „Hauses für Opfer der Gewalt“. Nicht vergessen darf man im Zusammenhang mit der Drohkampagne gegen die PDH, dass die Institution von vielen ehemaligen Zivilpatrouillisten (EXPAC) dafür verantwortlich gemacht wird, dass die Auszahlung der Entschädigungsgelder nicht, wie gewünscht, erfolgt. Früher arbeitete López als Richter

in verschiedenen Departements und brachte während dieser Zeit nicht wenige Drogenhändler hinter Gitter.

Der Fall López müsse unbedingt geklärt werden, um ein Zeichen zu setzen, dass solche Verbrechen nicht ungestraft geschehen können, sagte Morales. Erste Ermittlungen ergaben, dass der Ombudsmann während den 2 Wochen vor seiner Ermordung verfolgt und beschattet wurde. Bereits wenige Stunden nach der Bekanntgabe des Todes von López bekamen Vertreter der PDH im Petén und Izabál ebenfalls Drohungen. Auch die mit der Untersuchung des Falles beauftragte Staatsanwältin Thelma Paláez erhielt den „Rat“, den Fall besser auf sich beruhen zu lassen. Morales forderte von der Regierung Schutz für Paláez und für seine MitarbeiterInnen.

Für die guatemaltekischen Menschenrechtsorganisationen ist die Ermordung von López ein Beweis dafür, wie wichtig die Schaffung einer *Kommission zur Untersuchung illegaler paramilitärischer Verbände und klandestiner Strukturen* (CICIACS) ist. Der Vorschlag zur Gründung dieser Kommission ist von Sergio Morales im Namen der Menschenrechtsorganisationen bereits Anfang des Jahres eingereicht worden, und plangemäss sollte sie ab September funktionieren. Morales äusserte sich besorgt darüber, dass die Auswahl

der Mitglieder dieser Kommission verzögert würde und dass vor allem die langwierigen und umständlichen administrativen Abläufe innerhalb der Vereinten Nationen momentan das Projekt blockierten. So wurde denn auch der Besuch einer technischen Kommission der UNO, die das genaue Funktionieren der CICIACS hätte überprüfen sollen, von Mitte Juni auf Anfang Juli verschoben.

Laut des UNO-Abgeordneten Kieran Prendergast, der in Guatemala den Besuch der oben genannten Kommission vorbereitet, ist aber noch mehr als die Einsetzung der CICIACS notwendig, um das Problem der Unsicherheit und der Korruption zu lösen. Damit die CICIACS erfolgreich arbeiten könne, braucht es eine Stärkung des Justizapparates, erklärte Prendergast im Gespräch mit guatemaltekischen Menschenrechtsorganisationen.

Die Sprecherin von MINUGUA, Seda Pumpyanskaya, informierte über die Möglichkeit, das Mandat von MINUGUA bis 2004 zu verlängern und nicht, wie vorgesehen, Ende 2003 abzuschliessen. Noch gebe es keinen formalen Entscheid, doch politisch hätte man sich dafür entschieden zu verlängern. Der definitive Entscheid über ein Bleiben von MINUGUA fällt die UNO-Generalversammlung im November.

## Die Antwort der Regierung

**Guatemala, 9. Juli.** Als Antwort auf die Forderung von Menschenrechts- und Frauenorganisationen sowie von Oppositionsparteien, den Schutz und das Leben ihrer Mitglieder zu gewähren, verkündete Innenminister Adolfo Reyes Calderón, ab sofort in den sog. Risikozonen der Hauptstadt nebst Polizeiauch Militärpatrouillen einzusetzen. Rund 500 PolizistInnen beschützen aktuell rund 300 Personen, die Einschüchterungen und Drohungen erhalten haben. Doch das Personal sei knapp und auch mit den rund 1000 PolizeirekrutInnen, die diesen Monat ihre Ausbildung abschliessen, könne der Nachfrage nach Sicherheit nicht entsprochen werden, erklärte Reyes Calderón. „Wir haben 20'000 PolizistInnen und bräuchten die doppelte Anzahl, um den 12 Mio. EinwohnerInnen Sicherheit zu garantieren“, erklärte der Innenminister. Deshalb sehe er sich gezwungen, zur Verstärkung Militärpatrouillen auf die Strasse zu schicken.

Mit dem Sicherheitsaspekt und dem Mangel an PolizistInnen begründet Reyes Calderón auch seinen Antrag an

den Kongress, das Budget der Polizeiakademie für dieses Jahr um 15 Mio. Quetzales zu erhöhen. Damit wolle er 2000 zusätzliche SicherheitsagentInnen ausbilden, erklärte er.

Laut der ANN-Abgeordneten Nineth Montenegro ist Präsident Portillo seine eigene Sicherheit wichtiger als die des Rests der Bevölkerung. Ihre jüngsten Beobachtungen über Verschiebungen im Regierungsbudget haben ergeben, dass das Finanzministerium dem für die Sicherheit des Präsidenten verantwortlichen *Präsidialen Generalstab* (EMP) die Summe von 14 Mio. Quetzales überwiesen hat. Rund eine halbe Mio. Quetzales wurden vom Ministerium für Kultur und Sport an das *Sekretariat für Verwaltungs- und Sicherheitsangelegenheiten* SAAS überwiesen, um 17 zusätzliche Personen für den Schutz des Regierungspalastes einzustellen. Laut Montenegro sind in den vergangenen Monaten von jedem Steuer-Quetzal, den die Guatemaltekinnen bezahlt haben, 3 Centavos in soziale Investitionen und 97 Centavos in den Administrationsapparat der Regierung geflossen.

### ¡Fijáte!

Herausgegeben von:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

Abos:

¡Fijáte!

c/o Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

Tel. 01/ 241 44 43

E-Mail:

barbara-m@bluewin.ch

Jahresabo: 100.- Fr.

Auslandabo: 120.- Fr.

Förderabo: ab 200.- Fr.

E-Mail-Abo: 85.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntäglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

## Ríos Montt als Trauergast?

**Guatemala, 27. Juni.** Eine Woche im Voraus hatte die Opferorganisation ADI-VIMA die Bevölkerung von Rabinal, Baja Verapaz, eingeladen, die aus vier in der Umgebung entdeckten Massengräbern exhumierten Überreste von 70 Opfern von Massakern, die vornehmlich während des bewaffneten Konflikts 1981-82 stattfanden, aus den Händen der Stiftung für forensische Anthropologie (FAFG) am Freitag, den 13. Juni in Empfang zu nehmen und am Samstag in Würde zu beerdigen. Gemäss der Tradition der lokalen Achí-Bevölkerung wurden die Opfer mit einer Zeremonie geehrt, und es wurde die Nacht über eine Totenwache abgehalten.

Doch für den Samstagvormittag meldete sich tags zuvor noch anderer Besuch an: Begleitet von Helikoptern, zahlreichen Autos und in Bussen aus den Nachbarorten herangekehrten ehemaligen Zivilpatriouillen (Ex-PAC) kam General Efraín Ríos Montt, Präsidentschaftskandidat der Regierungspartei FRG, um just an diesem Tag in Rabinal seine Wahlkampagne durchzuführen. Dieser Zynismus ist nicht zu überbieten, ist doch der aktuelle Kongresspräsident Ríos Montt als damaliger Präsident (1982-83) einer der Hauptverantwortlichen für die Massaker und Verbrechen an der guatemalteckischen Bevölkerung, die u.a. die Gegend um Rabinal besonders heimsuchten.

Nun schallten laut Musik und Wahlslogans aus den aufgestellten Lautsprechern durch die Strassen, und FRG-T-Shirts wurden verteilt, als sich der Trau-

erzug mit den Särgen auf den Weg zum Friedhof machte. Ihre Wut und Verletzung drückten die Familienangehörigen mit Plakaten und Transparenten aus, auf denen sie den General und seine Partei ihrer Verbrechen anklagten sowie Gerechtigkeit forderten. Mit entsprechenden Rufen unterstützten sie das Geschriebene, sich der aufgestellten Bühne nähernd. Während die Ex-PAC sich an der Seite hielten, flogen zwischen den Angehörigen der Opfer und den FRG-AktivistInnen schnell wüste Beschimpfungen hin und her. Der schliesslich erscheinende Ríos Montt wurde mit geworfenen Steinen und Stöcken empfangen, floh aber direkt wieder von der Bühne und blieb unverletzt. Dagegen wurden einige anwesende JournalistInnen und FRG-Mitglieder getroffen.

AnhängerInnen der Regierungspartei beschuldigten anschliessend die Opposition und ausländische Organisationen der Aufwiegelei und des Komplotts gegen die FRG, doch die Ermittlungen der Zivilpolizei (PNC) konnten keine entsprechenden Anzeichen entdecken.

Vielmehr fasst der in Rabinal lebende und arbeitende Fernando Suazo die Situation in erklärende Worte: „Obwohl sie an nichts sparten, mit einer lauten Musik- und Animations-Anlage und hundert von Ex-PAC aufwarteten, wurde die FRG ohne Mühe von einer erregten Menge übertroffen, die spontan und ohne vorherige Strategie handelte. Die Wut der Leute muss im Rahmen des Begräbnisses verstanden werden: Was ist von ihnen zu

erwarten, wenn sie just in diesem Moment Besuch von dem Hauptmörder ihrer Angehörigen bekommen? Wie würden jene reagieren, die das Handeln der Bevölkerung von Rabinal verurteilt haben? Laut der allgemeinen Überzeugung der Maya-Achí-Bevölkerung waren es die Verstorbenen selbst, die sich erhoben, um ihren Mörder zu beschämen. Das Volk zweifelt nicht an der übermenschlichen Macht, die die Opfer besitzen und schreibt dieser die Niederlage der FRG trotz der ungleichen Machtverhältnisse zu. Dieses Mysterium hatte auch Einfluss u.a. auf die anwesenden Ex-PAC und liess alle erstarren.

Vom Standpunkt der FRG spiegelt das Ereignis die Deformierung der Realität wider: Nicht einmal „ihre“ Ex-PAC krümmten einen Finger, um sie aus der Situation zu retten.“

Ein ähnlicher Tumult spielte sich wenige Tage später in Nebaj, Quiché, ab. Das lokale Stadion, das für die Wahlkampfaktion der FRG organisiert war, wurde hermetisch abgeriegelt, und einer Gruppe von Ex-PAC, die dem General ein Forderungsschreiben in Bezug auf die von der FRG versprochenen Entschädigungszahlungen überreichen wollte, wurde der Zugang verwehrt, was schliesslich auch in Handgreiflichkeiten und Körperverletzungen gipfelte.

Ríos Montt zog inzwischen seine Konsequenzen. Er will zukünftig die „konfliktiven“ Gegenden meiden und seine Tour durch das Land nur noch per Hubschrauber durchführen.

## Recht in Sicht?

**Guatemala, 27. Juni.** Guatemala ist der Staat, gegen den beim Internationalen Gerichtshof für Menschenrechte (CIDH) mit Sitz in San José, Costa Rica, die meisten Klagen vorlägen, da er konstant seine internationale Verantwortung negiere, versicherte Juan Carlos Gutiérrez, Mitglied des *Zentrums für Gerechtigkeit und internationales Recht* (CEJIL). Mindestens neun Fälle gegen den guatemalteckischen Staat hat der Gerichtshof erhalten, da die Rechtsmittlungen und die Strafanwendung gegen die Verantwortlichen von Menschenrechtsverletzungen nicht voranschreiten. Die deutlichsten Fälle des Fehlens eines funktionierenden Justizsystems in Guatemala seien die Ermordungen der Anthropologin Myrna Mack und des Bischofs Juan Gerardi, so Gutiérrez, wobei vom CIDH bereits diverse Empfehlungen gegeben wurden.

Der jüngste, dem CIDH eingereichte Fall ist der des Journalisten und Politikers Jorge Carpio Nicolle, Gründer der nicht mehr existierenden Tageszeitung *El Gráfico*, der am 3. Juli 1993 gemeinsam mit drei Kollegen ermordet worden war. Die Gruppe war Teil einer Delegation der damaligen Partei *Nationale Zentraleinheit*

(UCN) und befand sich auf einer politischen Tour durch das Land. Carpio Nicolle kandidierte für die UCN als Präsidentschaftsaspirant.

Der Mord ereignete sich im Departement Quiché und wird Mitgliedern der lokalen Zivilpatriouillen (PAC) zugeschrieben. Dabei kursierten diverse Hypothesen über den Hintergrund. Eine davon wies das Verbrechen einer politisch-militärischen Konspiration zu, da Carpio Nicolle es ablehnte, einem Amnestie-Antrag zuzustimmen, der sowohl Zivilisten als auch Militärs schützen sollte, die den Staatsstreich durch den Präsidenten Jorge Serrano Elías im Mai 1993 unterstützt hatten. Eine andere Version deutete den Mord als Machtbotschaft seines Cousins Ramiro León de Carpio, der einen Monat vorher vom Kongress als Bevollmächtigter der Nation ernannt worden war.

Da der guatemalteckische Staat weder die vom CIDH erteilten Empfehlungen hinsichtlich einer Entschädigung der in ihren Rechten verletzten Angehörigen des Ermordeten befolgte, noch einen sauberen Ermittlungsprozess anstrebte, wurde jetzt das internationale Gericht eingeschaltet, um der 10 Jahre währenden

Straflosigkeit ein Ende zu setzen. Auf unerklärliche Weise waren Beweismittel verschwunden, die Familie und involvierte Mitglieder der Staatsanwaltschaft erhielten Drohungen und Einschüchterungen, die noch andauernde Sicherheitsvorkehrungen zur Folge hatten.

Der guatemalteckische Staat wird nun angeklagt wegen der aussergerichtlichen Hinrichtung Carpios. Dies wird unterstützt durch die Argumente der Verletzung des Rechts auf Leben, der psychischen und emotionalen Integrität der Familie sowie einen angemessenen Prozess, des Rechts auf Meinungsfreiheit und der politischen Rechte des Ermordeten.

Für die ehemalige Staatsanwältin Karen Fischer, stellt die Klage eine moralische Befriedigung dar, beinhalte sie doch die Verantwortung des Staates am Mord des Journalisten. Auch wenn sie keine Haftstrafen nach sich ziehe, sei der Prozess dennoch eine moralische Sanktion im Namen des guatemalteckischen Volkes.

Die Klärung des *Massakers des Plans von Sánchez*, der Mord an Myrna Mack und die Folter und Geiselnahme der Universitätsprofessorin Maritza Urrutia durch den CIDH stehen noch an.

## Wiedereingliederung abgeschlossen?

**Guatemala, 16. Juni.** Bei der Veranstaltung zum Abschluss des *Programms zur Wiedereingliederung von Ex-KämpferInnen* (PAREC II) bedauerte Phillipe Combescot, Vertreter der Europäischen Union, den mangelnden Beitrag der guatemaltekischen Regierung. Während die EU als Hauptfinanciee von PAREC mehr als 23 Mio. Quetzales (ca. 3 Mio. US-\$) in die Wiedereingliederung der URNG-KämpferInnen investierte, steuerte die Regierung via *Nationalen Friedensfonds* (FONAPAZ) nicht einmal die Hälfte des versprochenen Beitrags (Q 2 Mio.) bei.

PAREC ist Teil der 1996 unterzeichneten Friedensabkommen und hatte die vollständige soziale und wirtschaftliche Wiedereingliederung der ehemaligen KämpferInnen der URNG zum Ziel. Im Rahmen vom nun abgeschlossenen PAREC II wurden laut Projektleiter Víctor Solano im Verlauf von drei Jahren 216 Projekte im landwirtschaftlichen und sozialen Bereich umgesetzt. Die demobilisierten KämpferInnen schätzten zwar die PAREC-Programme, weil es die einzige Unterstützung war, die sie überhaupt bekamen, doch kritisierten sie deren finanzielle und zeitliche Begrenztheit. Dadurch, dass die Gelder in einer gewissen Zeit ausgegeben werden mussten, fühlten sich die Ex-KämpferInnen oftmals unter Druck gesetzt und liessen sich auf Projekte ein, die nicht ihren Bedürfnissen oder Wünschen entsprachen.

Mit dem Abschluss des Programms sind 1'282 Ex-KämpferInnen nun definitiv ihrem Schicksal überlassen. Viele von ihnen glauben, die EU ziehe ihre Unterstützung zurück, weil sie frustriert ist über die herrschende Korruption in der FRG-Regierung. Das Ziel – die Wiedereingliederung der URNG-KämpferInnen – wurde nicht erreicht, wie das Beispiel der drei Demobilisierten-Fincas *Nuevo Horizonte* (Petén), *Las Tecas* (Suchitepéquez) und *Santa Anita la Union* (Quetzaltenango) zeigt. Zwar konnte mit technischer und finanzieller Unterstützung von FONAPAZ, dem Landfonds *Fontierras* und der EU Land gekauft und erste landwirtschaftliche Projekte umgesetzt werden, doch sind diese (noch) nicht rentabel genug, um die Schulden bzw. Zinsen für den Landkauf zurück zu bezahlen, geschweige denn, um den Campesin@s einen menschenwürdigen Lohn zu bezahlen. VertreterInnen der drei Fincas trafen sich kürzlich mit *Fontierras*, um den Rückzahlungsmodus neu auszuhandeln. Ebenso fordern sie eine weiterführende technische Unterstützung durch unabhängige BeraterInnen. Laut dem Direktor von *Fontierras*, Manuel de Jesús Godínez, würden die Forderungen der Ex-KämpferInnen geprüft und der Dialog weitergeführt...

## CUC feiert 25-jähriges Bestehen

**Guatemala, 13. Juni (Inforpress).** Im Rahmen der Feierlichkeiten zu seinem 25. Jubiläum definierte das *Komitee zur BäuerInneneneinheit* (CUC) neue Arbeitsschwerpunkte und wählte eine neue Leitung. Die Umsetzung der Friedensabkommen und das Nichtfunktionieren der Institutionen, die für die Lösung der Landproblematik geschaffen wurden, seien die grossen Hindernisse, die es in den nächsten Jahren zu überwinden gelte, erklärten Mitglieder des CUC. Ebenso bedeute es eine Herausforderung, weiterhin eine Basis- und Massenorganisation zu bleiben und sich nicht schleichend zu einer weiteren Nichtregierungsorganisation zu wandeln.

Rund 280 Mitglieder des CUC nahmen an der Nationalen Versammlung teil, an der, nebst der Bestätigung der traditionellen Themen (Landkampf, Arbeitsrecht), vier neue definiert wurden, denen sich das CUC in den nächsten Jahren vermehrt widmen will: Identität und Rechte der indigenen Bevölkerung, Geschlechtergleichberechtigung und die Beteiligung von Frauen, die Stärkung der Organisation sowie Gemeinde- und Produktionsentwicklung. Die anschliessende Wahl der neuen CUC-Leitung (Daniel Pascual als Koordinator, Aparicio Pérez als sein Stellvertreter und Rafael González als Generalsekretär) zeigt, dass mindestens im Thema „Beteiligung von Frauen“ ein Nachholbedarf besteht.

Das CUC war die erste Indígenaor-

ganisation, die es schaffte, die Landkämpfe der Indígenas im Hochland mit den Landkämpfen der vorwiegend ladinen ArbeiterInnen an der Küste zusammen zu bringen. Unterstützt wurde dieser Prozess laut Gustavo Palma von der Sozialforschungsgesellschaft AVANCSO durch das Erdbeben 1976, das ein Näherrücken der sozialen Organisationen förderte, und durch den Generalstreik der ArbeiterInnen der Südküste im Jahr 1980. Während der Jahre des bewaffneten Konflikts stand das CUC immer auch in Kontakt zu den Guerillaorganisationen, eine Tatsache, die heute von den CUC-FührerInnen offen zugegeben wird. Nach der Unterzeichnung der Friedensabkommen starteten einige ehemalige CUC-Leute eine Parteilkarriere wie z.B. die beiden URNG-Abgeordneten Gregorio Chay und Pablo Ceto. Auch Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú begann ihr politisches Engagement im CUC.

Obwohl sich die Agrarkrise seit einigen Jahren wieder zuspitzt und die Drohungen gegen Mitglieder von BäuerInnenorganisationen zunehmen, kann das CUC auf einige Erfolge in seiner Geschichte zurückblicken. Darunter das Erlernen von Verhandlungstechniken gegenüber regionalen Behörden oder die Tatsache, dass einigen im CUC organisierten Gruppen Fincas oder Land anerkannt und überschrieben wurden, resümiert Aparicio Pérez.

## “Die Samurai der Politik...”

**Guatemala, 10. Juni.** „...Kampfkünste und Politik, zwei Disziplinen, die in Guatemala seit den 70er Jahren zusammengehören.“ So titulierte die Tageszeitung *el Periódico* einen Artikel zum immer noch andauernden Thema der Legalität der Präsidentschaftskandidatur von Efraín Ríos Montt für die FRG (siehe ¡Fijáte! 287). Bereits 1990 und 1995 wurde gemäss der Verfassung geurteilt, die ihm den Posten verwehrt, da er 1982 die Präsidentschaft per Putsch erlangte. Dennoch durchwandert der Fall erneut diverse Gerichtsinstanzen und wurde nach dem negativen Urteil des Obersten Wahlgerichts (TSE) nun auch vom Höchsten Gerichtshof (CSJ) abgelehnt. Jetzt liegt die Entscheidung beim Verfassungsgericht (CC), wobei Ríos Montt und seine AnhängerInnen bereits ankündigten, im Zweifelsfall den Interamerikanischen Gerichtshof (CIDH) einzuschalten. Ihr Hauptargument ist, dass besagter Verfassungsartikel erst 1985 Kraft trat und nicht retroaktiv sein könne.

Für die Anerkennung eines Berufungsfalles im Verfassungsgericht verlangt die *Carta Magna* die Integration der zuständigen Kommission durch fünf amtierende RichterInnen und zwei BeisitzerInnen, die vom Vorsitzenden ausgewählt werden. An dieser Entscheidung ist nur

der Generalsekretär des Gerichtes noch beteiligt.

Aufgrund der Bedeutung des Falles forderte das Zentrum für die *Verteidigung der Verfassung* (CEDECON) einen öffentlichen und transparenten Auswahlprozess und die Beteiligung aller zuständigen RichterInnen. Doch das CC liess sich darauf nicht ein und vereidigte schliesslich Franzisco José Palomo Tejeda und Manuel de Jesús Flores Hernández nach dem üblichen Verfahren - also unter vier Augen und angeblich durch Auslosung - als Beisitzer der Kommission. Dabei liegt die Parteilaffinität beider auf der Hand: Palomo Tejeda ist persönlicher Anwalt von Ríos Montt und offizieller Abgeordneter der FRG im Zentralamerikanischen Parlament (PARACEN), während Flores Hernández ehemaliger Leiter der Eigentumsregistrierung ist, gegen den aufgrund der Krise der Institution derzeit die Staatsanwaltschaft ermittelt.

Derweil sich die FRG vier der sieben Stimmen sicher meint, wird die Parteilichkeit der Richter von allen Sektoren angeprangert und veranlasste fünf der "Ausgewählten", sich der Anerkennung des *Falles Ríos Montt* zu verweigern. Doch wurde dies nicht akzeptiert. Bis Dienstag, 15. Juni muss das CC nun entscheiden.

## Kampagne gegen Frauenmorde

**Guatemala, 8. Juli.** „Keine ermordete Frau mehr!“ ist die Parole einer Kampagne des *Netzwerkes gegen Gewalt gegen Frauen*. Gestartet wurde die Aktion mit einer Demonstration vor dem Gebäude der Staatsanwaltschaft (MP) und des Kongresses. Gefordert wird die Untersuchung der in den letzten Monaten drastisch zugenommenen Morde an Frauen sowie eine frauengerechte Verfassung.

Die Initiatorinnen der Kampagne kritisieren, dass Fälle von Gewalt gegen Frauen nicht untersucht würden und dass den Frauen oft Hindernisse in den Weg gestellt würden, wenn sie eine Klage einreichen wollten. Nur in der Hauptstadt und in Quetzaltenango betreibe die Staatsanwaltschaft eine spezielle Abteilung, die Gewaltfälle gegen Frauen untersucht. Diese Situation zwingt die Frauen, entweder in jene Städte zu reisen oder von Personal „bedient“ zu werden, das nicht auf das Thema sensibilisiert sei. Rund 1200 An-

zeigen gehen monatlich bei der Abteilung „Gewalt gegen Frauen“ bei der Staatsanwaltschaft ein. Untersuchungen von Frauenorganisationen kommen zu dem Schluss, dass die meisten dieser Fälle in Schubladen verschwinden oder abgebrochen würden bzw. eine aussergerichtliche Lösung gesucht würde, womit natürlich die Statistiken völlig verfälscht würden. Die Zusammenarbeit der Frauenorganisationen mit der Sonder-Staatsanwaltschaft für Frauen sei gut, doch fehle dieser die finanzielle und personelle Kapazität, um die Fälle mit der nötigen Sorgfalt zu behandeln, bedauern die Frauenorganisationen.

Die Kampagne „Keine ermordete Frau mehr!“ fordert ausserdem die sofortige Untersuchung der Frauenmorde, die im Verlauf des Jahres bereits die Zahl von 158 erreicht haben (siehe ¡Fijate! 280). Eine empirische Untersuchung anhand der Meldungen in den Tageszeitungen zeigt,

dass die Zonen 7, 17 und 18 der Hauptstadt die für Frauen „gefährlichsten“ sind. Das Innenministerium wird aufgefordert, in diesen Gebieten vermehrt Polizeipatrouillen einzusetzen.

Giovana Lemus von der *Gruppe guatemaltekerischer Frauen* (GGM) führt die mangelnde Aufmerksamkeit der Behörden hinsichtlich dieses Problems darauf zurück, dass Polizei und Staatsanwaltschaft davon ausgehen, dass die Frauenmorde Teil der Bandenkriege zwischen einzelnen *maras* oder Drogenringen seien, bzw. sie der „häuslichen Gewalt“ zuzuordnen seien. Drei Themen, die anzugehen – aus unterschiedlichen Gründen – bedeuten würde, ein Tabu zu brechen.

Innenminister Adolfo Reyes Calderón seinerseits wird dafür kritisiert, im Zusammenhang mit den Frauenmorden von satanischen Riten gesprochen zu haben, womit *sein* Frauenbild aufschlussreich erklärt ist...

## Ein Schritt in Richtung Entmilitarisierung

**Guatemala, 27. Juni.** Seit dem 25. Juni gibt es in Guatemala eine Alternative zum obligatorischen Militärdienst. Die Annahme des *Gesetzes über einen staatsbürgerlichen Dienst* ist das Resultat eines langen Verhandlungsprozesses zwischen der Regierung und Organisationen des zivilen Sektors und erfüllt einen weiteren Punkt der Friedensabkommen.

Das neue Gesetz verpflichtet alle BürgerInnen zwischen 18 und 24 Jahren, sich freiwillig zu einem staatsbürgerlichen – sozialen oder militärischen – Einsatz zu melden. Wer dies nicht tut, wird, je nach Bedarf, zugeteilt. Zuständig für diese Zuteilung ist der *Vorstand des staatsbürgerlichen Dienstes*, präsiidiert vom Innenministerium und zusammengesetzt aus VertreterInnen der Ministerien für Landwirtschaft, Kommunikation, Verteidigung, Erziehung, Kultur und Sport, Umwelt und Gesundheit. Ebenso sind in diesem Gremium die Akademie für Mayasprachen, die Versammlung der Maya-Vereinigungen, diverse Jugendorganisationen und die Universitäten vertreten.

Der neue staatsbürgerliche Dienst dauert 18 Monate und wird entlohnt. Noch nicht ausgearbeitet ist das Reglement, welches die Sanktionierung im Falle von Missachtung des Gesetzes oder Dienstverweigerung vorsieht. Klar ist aber bereits, dass GesetzesbrecherInnen kein Anrecht auf einen Job in der öffentlichen Verwaltung haben. Und während die einen der Meinung sind, dass es schon Strafe genug sei, zugeteilt zu werden und somit das Recht auf freie Wahl zu verlieren, warnt der Psychologe Marco Antonio Garavito davor, repressive Strafen ein-

zuführen und empfiehlt, diese auf sozialer oder erzieherischer Ebene anzusetzen. Laut Jorge Morales von der Witwenorganisation CONAVIGUA fordern soziale Organisationen seit 1993 die Schaffung eines staatsbürgerlichen Dienstes als Alternative zum Militärdienst. Die während der 80er Jahren übliche gewaltsame Rekrutierung junger Männer war Ausdruck einer extremen Diskriminierung der indigenen Bevölkerung, waren es doch in erster Linie auf dem Land lebende Indígena-Männer, die zum Militärdienst eingezogen wurden, während Ladinos und der Oberschicht angehörende Indígenas verschont blieben bzw. sich freikaufen konnten.

Für Morales ist die Schaffung des Gesetzes ein Schritt in Richtung Entmilitarisierung. Als sehr wichtig stuft er dabei die Tatsache ein, dass nicht mehr das Militär für die Einberufung der Rekruten in den Dörfern zuständig sein wird, sondern der *Vorstand des staatsbürgerlichen Dienstes*. Bedauerlich findet er jedoch, dass das Gesetz keinen Einfluss auf die Gestaltung der militärischen Ausbildung hat, sondern dass diese weiterhin in der alleinigen Verantwortung der Armee liegt.

Armeesprecherin Oberst Edith Vargas versichert gegenüber *Inforpress Centroamericana*, dass diese neue Option nicht zu einem Nachwuchsproblem in der Armee führen werde. Die Jugendlichen seien sich der Vorteile bewusst, die der Militärdienst mit sich bringe wie z.B. die Möglichkeit, eine Ausbildung bis hin zum Erlernen eines Berufes und Gesundheitsversorgung zu erhalten, „Luxusgüter“, zu denen sie im zivilen Leben oft keinen Zu-

gang haben.

Auch der Psychologe Garavito glaubt nicht daran, dass das neue Gesetz das apathische Verhältnis der Jugend zur staatsbürgerlichen Beteiligung verändern wird. „Wir sind eine Gesellschaft, die nicht an Gesetze glaubt“, erklärt er und ist sich sicher, dass auch in diesem Fall die ärmere Bevölkerung die „leidtragende“ ist, während die Reichen die Ressourcen und Beziehungen haben, das Gesetz zu umgehen. Die Idee des staatsbürgerlichen Dienstes sei sicher positiv, doch müsste sie begleitet werden von einer Sensibilisierungs- und Aufklärungskampagne, damit die Bevölkerung die positiven sozialen Elemente erkennen könne, meint Garavito. Ansonsten sei zu befürchten, dass so etwas dabei herauskäme, wie bei den seit einiger Zeit obligatorischen Alphabetisierungskampagnen, an denen AbiturientInnen teilnehmen müssten und die in vielen Fällen anstatt zu einem sozialen Bewusstsein zu einer Spaltung der Gesellschaft geführt hätten.

Man kann gespannt sein auf die ersten Statistiken über die Umsetzung des neuen Gesetzes, die hoffentlich auch Fragen beantworten wie: Wie viele junge Frauen melden sich freiwillig zum Militärdienst? Wie viele Männer werden ihren Einsatz über das Erziehungs-, Gesundheits- und Kulturministerium absolvieren können und wie viele Frauen den ihren über das Landwirtschafts-, Verkehrs- und Kommunikationsministerium? Aus welcher Bevölkerungsschicht stammen die Menschen, die einen staatsbürgerlichen Einsatz leisten? Welche Art von Einsatz ist für wen karrierefördernd?